



Fachveranstaltung im Magdeburger Landtag: Information und Erinnerung an die Todesopfer an der innerdeutschen Grenze in Sachsen-Anhalt

Auf 342 km Länge verlief im Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt bis 1989 die innerdeutsche Grenze.

Landesbeauftragte Birgit Neumann-Becker informierte in der heutigen Veranstaltung darüber, dass nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen zwischen 1949 und 1989 insgesamt 124 Menschen mit einem Bezug zu Sachsen-Anhalt an der innerdeutschen Grenze ums Leben gekommen sind.

Von diesen kamen 98 Menschen an Grenzabschnitten in Sachsen-Anhalt ums Leben, 26 Menschen aus dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt verloren an anderen Grenzabschnitten ihr Leben. (Davon 7 Tote aus Sachsen-Anhalt an der Berliner Mauer.)

66 dieser Todesopfer waren zwischen 19 und 29 Jahren alt. 46 der Opfer waren bei den Grenztruppen oder bei der Grenzpolizei, von ihnen starb die Hälfte durch Suizid.

40 Jugendliche, Männer und Frauen wurden erschossen, 11 kamen durch Minen und Selbstschussanlagen ums Leben.

Jeder dieser Menschen hatte eine eigene Geschichte, eine Familie und Freunde. Dass die SED-Führung, Menschen zu Verbrechern erklärte und kriminalisierte und notfalls mit Waffengewalt am Verlassen des Landes hinderte, beschäftigt die Öffentlichkeit bis heute.

In der Veranstaltung wurde auf der Grundlage dieser Erkenntnisse darüber diskutiert, wie an die Opfer erinnert werden könne. Vielen war nach ihrem Tod eine öffentliche und würdige Bestattung verwehrt worden. Die Familien tragen bis heute schwer an den Verlusten und Erinnerungen.

Staatssekretär Klaus Rheda (MULE) führte aus, dass auch mit dem Projekt „Grünes Band“ Möglichkeiten der Erinnerung an das Grenzregime verbunden werden sollten.

Angesichts der epochalen geschichtlichen Bedeutung des Grenzregimes für die deutsche und europäische Geschichte regte die Landesbeauftragte eine namentliche Erinnerung an die Toten des Grenzregimes in Sachsen-Anhalt an.

Eine weitere Informations-Veranstaltung dazu wird am 22. März (17 Uhr) in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn stattfinden.

Die Veranstaltung wurde gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung und der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt verantwortet, an der Diskussion im Magdeburger Landtag nahmen 70 Personen teil, darunter Mitglieder des Landtages, Kommunalpolitiker aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen, Zeitzeugen sowie Schülerinnen und Schüler.

**Sachsen-Anhalt.
Hier macht das
Bauhaus Schule.**

#moderndenken

Kontakt: Schleifufer 12, 39104 Magdeburg
Telefon: 03 91 / 5 60-15 01
Telefax: 03 91 / 5 60-15 20
E-Mail: info@lza.lt.sachsen-anhalt.de
Internet: www.aufarbeitung.sachsen-anhalt.de

PRESEMITTEILUNG

Hintergrund:

Das biografische Handbuch „Die Todesopfer des DDR-Grenzregimes an der innerdeutschen Grenze 1949-1989“ wurde am 7. Juni 2017 durch Staatsministerin Prof. Monika Grütters und Vertretern der drei am Projekt beteiligten Bundesländer – darunter der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt – in der Gedenkstätte Bernauer Straße in Berlin präsentiert. In diesem Band sind – nach mehrjähriger Forschungsarbeit – die Schicksale der Toten an der innerdeutschen Grenze seit 1949 aufgearbeitet, der 327 Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer zum Opfer fielen. In dieser Zahl enthalten sind 238 Todesopfer im Zusammenhang mit einem Fluchtversuch und 43 Todesfälle im Zusammenhang mit der Ausübung des DDR-Grenzdienstes.

Die innerdeutsche Grenze wurde auf 1.376 km nicht nur durch Stacheldraht, Mauern und Zäune, durch breite Sperrgürtel sondern auch durch ca. 1,3 Mio Minen, 55.000 Selbstschussanlagen, 3.000 auf Menschen abgerichtete Hunde und einen Schießbefehl gegen die Bevölkerung „gesichert“. (Quelle: die Homepage der Stadt Berlin (<http://www.berlin.de/mauer/>)).

Die Familien der an der Grenze getöteten Flüchtlinge aber auch der Angehörigen der NVA standen mit ihrer Trauer allein. Die Begräbnisse getöteter Flüchtlinge wurden streng vom Ministerium für Staatssicherheit überwacht. In den Todesanzeigen und auf den Grabsteinen getöteter Flüchtlinge durfte zur Todesursache nichts vermerkt werden. Auch damit wurde die öffentliche Erinnerung verhindert.

Auch die Todesfälle von Angehörigen der NVA, die bei Unfällen oder durch Schussverletzungen und Suizide ums Leben kamen, wurden in der vorliegenden Forschungsarbeit aufgearbeitet.

Weitere Informationen:

Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Schleiufer 12

39104 Magdeburg

Tel.: 03 91 / 5 60-15 01

Fax: 03 91 / 5 60-15 20

E-Mail: info@lza.lt.sachsen-anhalt.de